



NIEDERSACHSEN Vorwärts

NOVEMBER 2014 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN UND LIEBE GENOSSEN,

leider sind sich fast alle einig: Die ganz rosigen Zeiten für die Wirtschaft sind vorbei, auch bei uns in Niedersachsen. Damit wird eine Frage noch wichtiger, die wir seit dem Sommer diskutieren: Was muss geschehen, damit wir auch in Zukunft gute Arbeitsplätze schaffen und sichern können? Unter dieser Leitfrage wollen wir im Jahr 2015 eine breite Diskussion in der niedersächsischen SPD führen. Damit soll zugleich auch die Grundlage für erfolgreiche Wahlkämpfe gelegt werden, die ab 2016 Schlag auf Schlag folgen. Wir stellen diese Frage für alle Ebenen – kommunal, landespolitisch, für die Bundespolitik und für Europa. Wir wollen mit vielen Partnerinnen und Partnern außerhalb der SPD diskutieren, vor allem aber mit möglichst vielen Mitgliedern der SPD. Deswegen meine Bitte: Macht mit!

Herzlichst Euer

Stephan Weil
Landesvorsitzender

STARKES LAND: NIEDERSACHSEN

Rot-geführte Landesregierung investiert wieder in die Zukunft

Von Detlef Tanke, Generalsekretär

In den kommenden Wochen geht es für die SPD-Landtagsfraktion um die finanzielle Zukunft Niedersachsens. Debattiert wird über den Haushaltsentwurf 2015. Ziel ist es, trotz Verringerung der Neuverschuldung in die Zukunft unseres Landes zu investieren.

Im Mittelpunkt des Haushaltentwurfes 2015 steht, »Kahlschlag-Politik« zu vermeiden. Vielmehr geht es darum, Niedersachsen zukunftsfähig zu machen und dabei die Schuldenbremse 2020 fest im Blick zu behalten. Auch Investitionen sind nötig – beispielsweise zur Realisierung der Zukunftsoffensive Bildung. Dabei geht es unter anderem um die Finanzierung der dritten Kraft in Krippen, den Ganztagsausbau an Schulen und die Fachkräftesicherung. Auch hat die SPD-geführte Landesregierung 8,5 Millionen Euro mehr für den Unterhalt von Landesstraßen eingeplant – eine Erhöhung auf jährlich 21,6 Millionen Euro.

Darüber hinaus haben wir das Baumoratorium aus der Zeit der schwarz-gelben Vorgängerregierung abgeschafft. Landesweit werden deshalb jetzt sieben Vorhaben angepackt: die Polizeiinspektion Gifhorn, das Finanzamt Oldenburg, das Landesgesundheitsamt Hannover, das Staatstheater Oldenburg, die Landeschulbehörde Braunschweig, die Nord-



westdeutsche Forstliche Versuchsanstalt Göttingen und die Staatsanwaltschaft Aurich. All dies und noch viel mehr ist möglich, ohne dass niedersächsische Beteiligungen verkauft werden müssen.

Damit zeigt sich schon jetzt, die SPD beherrscht die Königsdisziplin Haushalt: In den vergangenen zwei Jahren konnte das strukturelle Defizit gesenkt werden: um 600 Millionen Euro. Beim letzten von der schwarz-gelben Vorgängerregierung verantworteten Haushalt lag das strukturelle Defizit bei rund 1,3 Milliarden Euro. 2015 beträgt dies nun noch 714 Millionen Euro. Das beweist: Mit unserem starken Finanzminister Peter-Jürgen Schneider ist Niedersachsen auch finanziell auf dem richtigen Weg. ■

Trotz Verringerung der Neuverschuldung investiert die SPD-geführte Landesregierung u.a. in den Unterhalt von Landesstraßen.

Foto: Shutterstock

 **ARBEIT. BILDUNG.
NIEDERSACHSEN!**

DAS JAHR DER PROGRAMMDEBATTE

Die SPD in Niedersachsen will im kommenden Jahr neben ihren Kompetenzen als soziale Kraft auch ihre wirtschaftspolitischen Qualitäten unter Beweis stellen. Dafür wird ein Dialogprozess innerhalb der Partei und öffentlich in Gang gesetzt – unter dem Motto: »Arbeit – Bildung – Niedersachsen«.

Der Zeitplan für 2015:

Januar: Startschuss für das Projekt mit der 1. Niedersachsen-Konferenz in Hannover.

Februar bis Mai: Regionalkonferenzen in den vier niedersächsischen Bezirken.

März: Öffentliche Veranstaltung, Hauptredner: SPD-Parteivorsitzender Sigmar Gabriel.

September: Vorstellung der Zwischenbilanz des Projektes auf der 2. Niedersachsen-Konferenz.

November: Beschluss im Landesparteirat.

Begleitend wird es bis Juni 2015 eine Diskussions-Plattform auf der Internetseite www.entdecke-niedersachsen.de geben. Dort werden auch Materialien zur Programmdebatte präsentiert.

LÄNGST ÜBERFÄLLIG: VERÖFFENTLICHUNG DES TTIP-VERHANDLUNGSMANDATS



Bernd Lange, Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel des Europäischen Parlaments, leitet die Anhörung im Handelsausschuss.
Foto: European Union 2014

Von Bernd Lange MdEP
In Sachen Freihandelsabkommen EU – USA (TTIP) hat der EU-Ministerrat endlich umgedacht: Die zuständigen Minister haben auf ihrer Tagung im Oktober beschlossen, das TTIP-Verhandlungsmandat und damit den Text zu veröffentlichen. Investor-Schutzklauseln rücken in immer weitere Ferne.

Die Entscheidung, das TTIP-Verhandlungsmandat zu veröffentlichen, war längst überfällig. Wir Sozialdemokraten fordern seit langem mehr Transparenz in den Verhandlungen, um eine breite, faktenbasierte öffentliche Debatte zu ermöglichen. Nun ist eine unserer Kernforderungen umgesetzt, was der Debatte um das Abkommen gut tun wird.

Die Befürchtungen der Menschen nehmen wir sehr ernst. Für mich steht fest, dass die Stärkung von Arbeitsplätzen und faire Arbeitsbedingungen in Europa im Zentrum stehen müssen. Das europäische Wertemodell darf unter keinen Umständen in Frage gestellt werden. Dazu zählen unser hoher Verbraucherschutz und die Daseinsvorsorge – die Daseinsvorsorge ist nicht im Mandat enthalten. Über sie darf nicht verhandelt werden.

Den Verhandlungsführern auf beiden Seiten des Atlantiks muss inzwischen klar sein: Eine wachsende Anzahl von Abgeordneten im Europäischen Parlament sieht einen außergerichtlichen Investorenschutz zwischen Staaten mit entwickelten Rechtssystemen als kein zeitgemäßes Instrument an und lehnt deshalb sogenannte ISDS-Klauseln im Abkommen, die solche Mechanismen regeln, ab. Die umstrittenen Investorenschutzklauseln rücken in immer weitere Ferne. In seiner

Antrittsrede hat sich der neue EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vor dem Europäischen Parlament in Straßburg von den umstrittenen ISDS-Klauseln distanziert.

Im November ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, um eine Zwischenbilanz über die bisherigen Verhandlungen zu ziehen und einen frischen Start mit der neuen EU-Kommission zu wagen. Das Europäische Parlament wird sich natürlich in die Diskussion einbringen und seine Position zum derzeitigen Verhandlungsstand darlegen. Verbesserte Transparenz wird dabei eine entscheidende Rolle spielen.

Der Text des Verhandlungsmandates ist auch auf meiner Homepage nachzulesen: www.bernd-lange.de ■



Alle zwei Wochen Aktuelles im Newsletter »Europa-Info«. **HIER ANMELDEN:** www.bernd-lange.de/aktuell/europa-info

STELLENAUSSCHREIBUNG

Im April 2015 werden die Einwohner der neuen Gemeinde Ilsede (ca. 21.400 Einwohner) einen Bürgermeister / eine Bürgermeisterin wählen.

Die Ilseder SPD sucht:
Kandidat (m/w) für das Amt des BÜRGERMEISTERS DER GEMEINDE ILSEDE

Anforderung: Wünschenswert für diese anspruchsvolle Tätigkeit ist ein abgeschlossenes Studium der Allgemeinen Verwaltung für Laufbahngruppe 2 oder ein Jurastudium mit bestandener 2. Staatsexamen bzw. vergleichbare in der Praxis erworbenen Kenntnisse.

Die Besoldung erfolgt nach der Besoldungsstufe B4. Die Wahlperiode endet zum 31. Oktober 2021.

Bewerbungsschluss ist der 25. November 2014.

Weitere Informationen und Ansprechpartner unter: www.spd-ilsede.de

QUALITÄT UND GLAUBWÜRDIGKEIT STEHEN IM MITTELPUNKT

Ein Erfahrungsbericht von Wolfgang Jüttner, Mitglied im NDR-Rundfunkrat



Trotz neuer Medien ist die Beliebtheit von Radio und Fernsehen ungebrochen. Dabei genießen die Öffentlich-Rechtlichen die besondere Gunst der Deutschen. Über dessen Qualität wachen in Norddeutschland die 58 Mitglieder des NDR-Rundfunkrates. Unsere Aufgabe ist es, die öffentlich-rechtlichen Sender kritisch zu begleiten. Als staatliche Medien sind sie Garant für die Pressefreiheit – umso wichtiger sind eine ausgewogene und neutrale Berichterstattung. Auch gilt es die Umsetzung des NDR-Staatsvertrags in dessen Sendegebiet zu gewährleisten. Dieser verpflichtet

den NDR, Unterhaltung, Bildung, Sport und Kultur in anspruchsvoller Qualität in seinen Radio- und Fernseh-Sendern bereitzustellen. Außerdem befasst sich der Rundfunkrat mit Programmbeschwerden, beschließt die Produktion von kostenintensiven Serien oder den Erwerb von Sportrechten und entscheidet über Führungspersonal. Zudem ist der Legitimationsdruck auf die Öffentlich-Rechtlichen durch die Umstellung der Finanzierung, das veränderte Medienverhalten der Jüngeren und internationale Konzerne als Mitbewerber massiv angestiegen. Aufgabe des Rundfunkrates ist es, auch auf diese Herausforderungen Antworten zu finden. Mehr über die Arbeit von Wolfgang Jüttner ist unter www.spdlink.de/juettner zu finden. ■



PETRA TIEMANN WEITER NORDNIEDERSACHSENS VORSITZENDE: Mit großer Mehrheit (87,4 %) wählten die Delegierten des Bezirksparteitags Nordniedersachsen erneut Petra Tiemann (Foto) zur Vorsitzenden. Ein großes Lob für die Landtagsabgeordnete, die 2010 dieses Amt übernommen hatte. Zu ihren Stellvertretern wurden MdB Christina Jantz, MdB Lars Klingbeil, Bernd Wölbern und Claus Johannßen gewählt. Für Finanzen ist der Verdener Kreisvorsitzende Bernd Michallik verantwortlich. Mehr Infos: www.spdlink.de/tiemann

GEMEINSAM FÜR DIE WIEDERVEREINIGUNG



Niedersachsens Bundestagsabgeordnete Hiltrud Lotze erinnerte gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommerns Bundestagsabgeordnetem Frank Junge an die friedliche Revolution vor 25 Jahren auf der Festung Dömitz. Mit dabei waren Mecklenburg-Vorpommerns ehemaliger Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff

und Brandenburgs ehemaliger Bildungsminister Steffen Reiche. »Das Wunder einer Revolution ohne Blutvergießen ereignete sich quasi direkt vor unserer Haustür und hat unser aller Leben verändert«, so Hiltrud Lotze. Die innerdeutsche Grenze führte einst entlang des Landkreises Lüchow-Dannenberg. ■

Impressum

Herausgeber: SPD Niedersachsen
Verantwortlich: Remmer Hein
Redaktion: Remmer Hein, Rosa Legatis
Anschrift: Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover
E-Mail: vorwaerts@spdnds.de
Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de